



Petition 150073

Einkommensteuer - Steuergerechtigkeit zwischen den Arbeitnehmern im Hinblick auf die Inflationsausgleichsprämie

Text der Petition

Mit der Petition wird Steuergerechtigkeit gefordert zwischen den Arbeitnehmern, die vom Arbeitgeber eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von bis zu 3.000 Euro erhalten und allen anderen Bürgern, die diese nicht erhalten.

Begründung

Die Zahlung der Inflationsprämie ist eine Leistung des Arbeitgebers.
Die Steuerbefreiung der Inflationsprämie ist jedoch eine Leistung des Staates.

Einige Arbeitnehmer haben das Glück, eine Prämie bis zu diesen 3.000 Euro zu erhalten.

Diese Arbeitnehmer werden dann noch zusätzlich vom Staat belohnt, dass diese Auszahlung steuerfrei und sogar frei von Sozialabgaben bleibt.

Die vielen Arbeitnehmer, die keine Inflationsprämie vom Arbeitgeber erhalten, aber auch die Selbstständigen und Rentner und weitere Gruppen, die mit den gleichen Problemen durch die Inflation zu kämpfen haben, gehen damit doppelt leer aus.

Auf freiwillige Leistungen des Arbeitgebers hat der Staat keinen Einfluss. Diese Ungerechtigkeit wird bleiben.

Was aber nicht sein darf, ist die steuerliche Ungleichbehandlung derer, die die Inflationsprämie erhalten und derer, die sie nicht bekommen.

Ich sehe hier einen Verstoß gegen Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes.

Um hier eine Gerechtigkeit herzustellen, muss der Staat jedem Bürger für das Steuerjahr 2024 den steuerlichen Freibetrag um 3.000 Euro erhöhen. Bei Zusammenveranlagung damit um 6.000 Euro.